

# Kümmertliches Pflänzchen

## Zusatzprämien sollen Wettbewerb stärken – sie führen aber zu neuem Verwaltungsaufwand

*Den Wettbewerb stärken: Das war das erklärte Ziel der Bundesregierung mit der letzten Gesundheitsreform. Als Beispiel für die wachsende Konkurrenz zwischen den gesetzlichen Krankenkassen führt das Bundesgesundheitsministerium gerne die Zusatzprämien an. Doch Experten kritisieren die damit verbundene zusätzliche Bürokratie.*

Ausgerechnet mit dem sogenannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (WSG) hat die Bundesregierung den zentralen Wettbewerbsfaktor in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) abgeschafft: die Kompetenz jeder Krankenkasse, ihren Beitrag autonom festzusetzen. Jeder gesetzlich Krankenversicherte kann derzeit anhand des Beitrags erkennen, ob er Mitglied einer günstigen oder einer eher teuren Kasse ist. Nicht mehr lange, denn im Herbst dieses Jahres legt die Bundesregierung erstmals einen einheitlichen Beitrag für alle gesetzlichen Krankenkassen fest. Diese Einnahmen sollen ab Beginn kommenden Jahres im Gesundheitsfonds zusammenfließen.

Die Bundesregierung verhält sich somit wie ein Gärtner, der die Artenvielfalt auf einer Wiese fördern möchte und erst einmal literweise Pestizide darüber schüttet. Nach dieser Behandlung bleibt Eintönigkeit zurück. Doch mit einem Pflänzchen möchte die Bundesregierung der Monotonie begegnen: der Zusatzprämie. Sie soll dazu führen, dass der Wettbewerb in der GKV in den kommenden Jahren kein Garten mehr ist, sondern ein regelrechter Dschungel. Denn ab Beginn kommenden Jahres können Kassen ihren Versicherten Beiträge rückerstatten, wenn sie weniger Geld benötigen, als sie aus dem Gesundheitsfonds erhalten haben. Wenn eine Kasse mit den Zuweisungen aus dem Fonds nicht zurechtkommt, muss sie von ihren Mitgliedern einen Zusatzbeitrag verlangen.

### **Bürokratische Doppelstrukturen**

Die Arbeitgeber ziehen auch in Zukunft die bundesweit einheitlichen Krankenkassenbeiträge ein und reichen sie an die Kassen weiter. Zusätzlich müssen die Kassen für alle Mitglieder Einzelkonten mit Anschrift und Bankverbindung anlegen. Die

dadurch entstehenden Kosten können derzeit nur geschätzt werden. Sie werden jedoch auf alle Fälle dazu führen, die von der Bundesregierung erwünschte Wettbewerb verstärkende Wirkung abzuschwächen.

„Der Zusatzbeitrag, den der Gesetzgeber gern als transparentes Verfahren verkauft, ist real ein veraltungstechnisches Monstrum. Von 8 Euro Zusatzbeitrag wären mindestens 2 Euro Abwicklungskosten notwendig“, schätzt Professor Dr. Jörg Saatkamp, Vorstand des BKK Landesverbandes Bayern. Dabei ist für den Einzug von bis zu 8 Euro verhältnismäßig wenig Verwaltung nötig, denn bis zu dieser Summe ist kein Einkommensnachweis erforderlich. Größerer Aufwand muss betrieben werden, wenn eine Kasse mehr als 8 Euro Zusatzbeitrag verlangt. Die organisatorische Abwicklung der Zusatzprämie möchte T-Systems übernehmen. Das Tochterunternehmen der Telekom erwartet, dass bei 12 Euro Zusatzbeitrag gerade einmal 5,29 Euro bei den Krankenkassen hängen bleiben würden. Doch damit nicht genug – erhebliche zusätzliche Probleme erwartet Saatkamp, wenn ein Mitglied nicht zahlen will oder kann: „Dadurch werden die Kosten um ein Vielfaches steigen.“

Die Versuche der Regierung, den zuvor verwüsteten Garten wieder zu begrünen, sind zum Scheitern verurteilt. Denn sie vertraut auf ein kümmerliches Pflänzchen, das den Wettbewerb kaum zum Erblühen bringen wird. „Die Zusatzprämien sind kompletter Unsinn“, urteilt Professor Dr. Peter Oberender von der Universität Bayreuth. „Ich weiß nicht, was sich der Gesetzgeber dabei gedacht hat – wahrscheinlich nicht viel.“ Auch mit einer Verschärfung des Wettbewerbs lasse sich die Einführung zusätzlicher Verwaltung nicht rechtfertigen, so Oberender weiter.

### **Wettbewerb um die Reichen**

Seine Ablehnung teilt der Bayreuther Professor mit anderen Wissenschaftlern. Florian Pfister vom Münchner Institut für Gesundheitsökonomik rechnet zwar mit einer Verschärfung des Wettbewerbs durch die Einführung der Zusatzbeiträge: „Wenn sie Euro-Beträge zuzahlen müssen, dann werden

Versicherte noch empfindlicher reagieren als derzeit mit den prozentualen Beiträgen.“ Doch neben dem Aufwand, der für die Erhebung der zusätzlichen Beiträge erforderlich ist, kritisiert Pfister vor allem die Ein-Prozent-Klausel. Sie besagt, dass der Zusatzbeitrag – wenn er über 8 Euro liegt – höchstens ein Prozent des Bruttoeinkommens des Versicherten ausmachen darf. Dies soll sozial schwächere Versicherte vor einer Überbelastung durch den Zusatzbeitrag schützen. Für die Kassen ist damit zusätzlicher Verwaltungsaufwand verbunden, denn sie müssen im Einzelfall prüfen, ob die Belastungsgrenze überschritten ist oder nicht. „Außerdem setzt die Ein-Prozent-Regelung perverse Anreize“, bemängelt Pfister. Kassen mit vielen Ärmern müssten für die restlichen Versicherten einen noch höheren Beitrag verlangen. „Es wird also zu einem Wettbewerb kommen, aber in erster Linie zu einem um reiche Versicherte“, so Pfister. Nötig wäre aber ein Wettbewerb um eine möglichst gute medizinische Versorgung der Menschen. Dieses Ziel werde mit der Gesundheitsreform verfehlt, so Pfister. Nicht genug, dass die Regierung den Garten, also den Wettbewerb in der GKV, durch die Einführung des Einheitsbeitrags verwüestet: Das wenige Grün, das sie mit den Zusatzprämien einpflanzt, ist unschön, denn die Prämien führen zu einem Wettbewerb nicht um die beste, sondern um die billigste Versorgung.

#### **Leistungsniveau sinkt durch Gesundheitsfonds**

Auch Oberender sieht die Qualität der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung durch die Zusatzbeiträge gefährdet. Unterstützt werden die Wissenschaftler in diesem Punkt von Krankenkassenseite. Ralf Hermes, Vorstandsvorsitzender der IKK Direkt, rechnet mit chronischer Unterfinanzierung des Fonds. Der Grund: Die Bundesregierung ist für die Festsetzung des einheitlichen Beitragssatzes zuständig. „Da die Anhebung des Beitragssatzes äußerst unpopulär ist, wird in Zukunft noch weniger Geld im System sein“, prognostiziert Hermes. Der Fonds werde deshalb nur die Basisversorgung abdecken. „Dennoch werden die Kassen mit aller Macht verhindern, Zusatzbeiträge von ihren Versicherten zu verlangen“, vermutet Hermes.

Die IKK Direkt, deren Beitragssatz derzeit zu den niedrigsten aller Krankenkassen zählt, möchte ihren Versicherten mindestens 10 Euro pro Monat ausschütten. Nur wenige Kassen werden sich in diesem Preiswettbewerb behaupten können. Zahlreiche Kassenfusionen könnten die Folge sein. Eine



Foto: pixelio.de/reorin

Die Bundesregierung möchte mit der Einführung von Zusatzprämien in der GKV den Wettbewerb zum Erblühen bringen – Experten rechnen eher mit kargen Ergebnissen.

Reduzierung der Marktteilnehmer führt jedoch in den seltensten Fällen zu einer Stärkung des Wettbewerbs. Im Gegenteil: Die Gefahr von Oligopolen steigt.

#### **Gewächshaus für Gesundheitsfonds**

Auch in der Politik werden – auch wegen der Zweifel an den Zusatzprämien – die Stimmen lauter, die eine Verschiebung des Gesundheitsfonds fordern. Rolf Koschorrek, Zahnarzt und CDU-Bundestagsabgeordneter, hatte im Oktober 2006 für das GKV-WSG gestimmt. Doch nun möchte er noch vor der Sommerpause eine Gesetzesänderung auf den Weg bringen, die die Einführung des Gesundheitsfonds verschieben soll. Ähnlich wie DAK-Chef Herbert Rebscher und der Vorsitzende der Techniker Krankenkasse Norbert Klusen fordert Koschorrek eine Erprobungsphase für den Fonds. „Das Gesundheitswesen ist für Experimente der falsche Ort“, erklärte Koschorrek. Der Münchner Gesundheitsökonom Professor Günter Neubauer hat deshalb das Modell eines „virtuellen Fonds“ entwickelt. In diesem Gewächshaus könnten – abgeschirmt von der freien Natur – die Experten beobachten, welche Auswirkungen der Fonds und die Zusatzprämien auf den GKV-Garten haben: Ob sich dieser tatsächlich in einen Dschungel verwandelt, wie die Bundesregierung verspricht – oder doch eher in eine Wüste mit einigen kümmerlichen Pflänzchen namens Zusatzprämie.

Tobias Horner